

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 589—596

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

9. September 1919

Gesetzgebung.

(**Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.**)

Vereinigte Staaten. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einen hohen Schutzzolltarif für Wolfram erz angenommen, durch den es die Einfuhr der darunter fallenden deutschen Erzeugnisse unmöglich macht. *dn.*

Belgien. Aufhebung von Einfuhrizenzen. Das britische „Board of Trade“ macht bekannt, daß die belgische Regierung für die Einfuhr nach Belgien keinerlei Einfuhrizenzen mehr fordert, ausgenommen für Weizen, Weizenmehl und Zucker. („Trade Supplement“ vom 16./8. 1919.) *dn.*

Dänemark. Es sollen wieder 30 Ausfuhrverbote aufgehoben werden. Unter den freigegebenen Waren befinden sich u. a. Anilin, Farbstoffe, Säcke, Stearinlichte, Säuren usw. Auch über die Freigabe der Kaffeeausfuhr wird verhandelt. *on.*

— Es können Warenproben ohne Ausfuhrbewilligung des Justizministeriums versandt werden, wenn der Absender den Kontrollbehörden eine Bescheinigung des gemeinsamen Befreiungsausschusses der Großhändlersozietät und des Industrieraats darüber vorlegt, daß es sich nur um den Versand einer Warenprobe handelt. *Gr.*

Norwegen. Das Verbot der Einfuhr von mineralischen, tierischen und pflanzlichen Ölen und festen Fettstoffen sowie von Rohmaterialien zur Herstellung der genannten Stoffe ist unter dem 25./7. 1919 aufgehoben worden. („Nachrichten“ 47, 1919.) *dn.*

Schweden. Verlängerung der Prioritätsfristen. Laut Verordnung des Bundesrats betr. die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vorgesehenen Prioritätsfristen wird bekanntgemacht, daß für Patente die bezeichneten Fristen zugunsten der deutschen Reichsangehörigen weiter bis zum 1./1. 1920 verlängert sind. („B. B. C.“) *Gr.*

Schweiz. Allgemeine Ausfuhrbewilligungen für bestimmte Waren vom 8./8. 1919. Lederschnitzel, Häute und Felle, Leder, Holzwolle, Preßspäne, Papiere, Kartons, Pappen, Öl-, Paraffin-, Paus-, Wachspapier, Stanniolpapier, Pergament- und Pergaminpapier, auch imitiert, Papiere in Verbindung mit Geweben, nicht anderweitig genannt, Asbest und Mica, roh, in Tafeln, Ausschnitten oder Rahmen, auch in Verbindung mit Geweben, Metall usw., Trockenplatten, Ferrochrom; Ferro-Wolfram: roh, Treibriemen aller Art, mit Ausnahme solcher aus Leder oder Kautschuk, Chemikalien für gewerblichen Gebrauch: Bleiglätt, Bleisulfat (Bleioxyd, schwefelsaures, Bleisalz), Wasserglas, Zinnsalze, Blei, unterschweißsaures, Essigsäure, roh und gereinigt, mit brenzlichem Geruch, Milchsäure, Holzgeist, gereinigt, Aceton, Methyläthylketon, Pyridinbasen, Pyrogallussäure, Kleber, Streichkerzen, Zündhölzer, Blauholzextrakt und im allgemeinen Tarif nicht anderweitig genannte Farbstoffextrakte in fester und flüssiger Form: Garancine, Bleiweiß, Bleigelb, Mennige, nicht zubereitet, Ruße, Schwärzen, Beinschwarz usw., Zinkweiß, Zinkolith, Lithoponweiß, Perlweiß, nicht zubereitet, Zinnober, echt; Pariserblau; Ultramarin; Schweinfurtergrün; Bronzefarben, Farben aller Art, zubereitet, Kitte. Diese Verfügung tritt am 20./8. 1919 in Kraft. („Schweizerisches Handelsamtssblatt“ vom 14./8. 1919.) *ll.*

Polen. Ein Beschuß des Landtags dehnt das Recht des Staates auf Kontrolle (Beschlagnahme) der Petroleumquellen und Bohrlöcher auf das ganze Gebiet des polnischen Staates aus. („L'Information“ vom 20./8. 1919.) *dn.*

— Laut Erlass vom 2./7. können folgende Artikel frei eingeführt werden: Rohcellulose, Hanfstengel, Kautschukwaren, Carborundum, photographische Platten und Papiere. („N. Z. Z.“) *on.*

Deutsch-Österreich. Zollermäßigung. Im Staatgesetzblatt wird eine Vollzugsanweisung veröffentlicht, welche den Kreis der Waren, für die schon bisher die Zollfreiheit oder eine Zollermäßigung bestimmt war, erweitert. Zollfreiheit ist festgesetzt unter anderem für: Gerbstoffextrakte, Rohpappe, Teer, Zement. Für Papierabfälle wird der Ausfuhrzoll erlassen. Die bisherige Zollfreiheit wird aufgehoben unter anderem für: Rollenpapier, Papiergarne und Säcke. Die Vollzugsanweisung hebt alle früheren einschlägigen Verordnungen auf und bietet deshalb eine vollständige Liste der geltenden Zollbefreiungen und -ermäßigungen, soweit dadurch der autonome und Vertragszolltarif abgeändert wurde. („Neues Wiener Tagbl.“ vom 22./8. 1919.) *on.*

Deutschland. Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 21./8. 1919 (veröffentlicht im „Reichs-Gesetzblatt“ Nr. 160, vom 25./8. 1919) werden die Gebühren für Zeugen und Sachverständige dahin abgeändert, daß die „Entschädigung eines Zeugen oder Sachverständigen für den durch Abwesenheit von dem Aufenthaltsorte verursachten Aufwand bis auf weiteres bis zum Höchstbetrage von 15 M für jeden Tag“ der Abwesenheit und „bis zum Höchstbetrage von 8 M für jedes außerhalb genommene Nachquartier bemessen werden kann“. Diese Verordnung tritt am 1./9. 1919 in Kraft; der Reichsjustizminister bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt, doch muß sie spätestens am 31./12. 1920 außer Kraft sein. (Damit soll hoffentlich die Möglichkeit geschaffen werden, die Gebühren für Zeugen und namentlich für Sachverständige dann weiter zu erhöhen? Oder glaubt etwa die Reichsregierung, daß wir Ende nächsten Jahres wieder zu einigermaßen normalen Lebensverhältnissen gekommen sein werden? Dies dürfte auf dem Wege, den wir seit 9 Monaten gehen, wohl nicht zweifelhaft erscheinen.)

Wohlgemuth.

— Der Abbau der Kriegswirtschaft schreitet (nach Maßgabe des „Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26./4. 1919“) mit ungeahnter Schnelligkeit vor, wie folgende Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 20./8. 1919 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 160, vom 25./8. 1919) klar erkennen läßt: „§ 5 der Verordnung über den Verkehr mit Opium vom 15./12. 1918 erhält folgenden Absatz 3: Narein, Narcotin, Thebain und Papaverin; die daraus hergestellten Zubereitungen, die Abkömmlinge und deren Zubereitungen (z. B. Cotarmin, Stypticin, Styptol, Eukodal und andere) sowie Pantopon-Scopolamin, Morphin-Scopolamin und Laudammon-Scopolamin dürfen für inländischen Bedarf bezugsfrei abgegeben werden.“ — Seit vielen Monaten waren diese Stoffe (wie auch andere, die noch immer kontingentiert sind), auch ohne Bezugsschein zu beschaffen, selbstredend zu wesentlich höheren Preisen und zum Schaden unserer Auslandsvaluta. Es dauert recht lange, bis man an maßgebender Stelle endlich die wirklichen Verhältnisse zu begreifen beginnt! Etwas mehr „Weimarer Tempo“ in dem Abbau der Kriegswirtschaft, namentlich auf dem in Frage stehenden Gebiete, würde der deutschen Volkswirtschaft große Verluste ersparen.

Wohlgemuth.

— Mit dem 21./8. tritt folgende Bekanntmachung in Kraft: Die von den Kriegsministerien oder den Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügungen, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Milchsäure, werden hiermit aufgehoben. *on.*

— Die Zwangsbewirtschaftung für Kunststoffe und Lumen ist nunmehr durch Beschuß des Ausschusses der Reichswirtschaftsstelle, vorbehaltlich der demnächst zu erwartenden ministeriellen Genehmigung, gefallen. Die Verträge mit den Lumpensortierbetrieben sind im Einklang mit dem nunmehrigen Fortfall der Beschlagnahme aufgehoben worden. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.*

Wirtschaftsstatistik.

Aus der englischen Handelsstatistik. Wertzahlen in Pfd. Sterl.:

	July 1918	1919	Januar bis Juli 1918	1919
1. Chemikalien, Drogen, Farbstoffe und Farben.				
Einfuhr . . .	3 895 778	2 157 313	22 258 227	12 828 133
Ausfuhr . . .	1 823 239	1 984 956	12 872 704	16 312 972
2. Material zur Papierfabrikation.				
Einfuhr . . .	1 225 257	1 795 492	7 265 006	8 189 603
Ausfuhr . . .	23 105	78 000	158 115	396 150
3. Papier.				
Einfuhr . . .	518 228	1 026 013	3 307 938	50 38 8553
Ausfuhr . . .	257 682	388 711	2 332 217	2 721 312
(„Economist“ vom 16./8. 1919.)				Ec.*

Belgiens Kohlengewinnung. Nach einer Regierungsangabe stellt sich die Kohlenförderung im ersten Halbjahr 1919 auf 8 480 910 t gegenüber 11 463 270 t im ersten Halbjahr 1914. Trotzdem die Arbeiterzahl in 1914 und 1919 keine großen Unterschiede aufweist (im Juni 1914 147 226 und im Juni 1919 146 248), ist die Erzeugung in 1919 etwa 3 Mill. t geringer gewesen. („Nieuwe Courant“ vom 12./8. 1919.)

Der Phosphatmangel in Schweden während des Krieges. Die schwedischen Superphosphatfabriken waren infolge Rohstoffmangels genötigt, ihre Jahreserzeugung von 186 000 t Superphosphat vor dem Kriege (1913/14) auf ungefähr 155 000 t 1915, 123 000 t 1916, 75 000 t 1917 und nur 50 000 t 1918 herabzusetzen. Gleichzeitig sank der jährliche Zugang von Thomasphosphat und Knochenmehl von 1915—1918 auf ungefähr die Hälfte desjenigen vor dem Kriege. Der Phosphatzugang betrug in abgerundeten Zahlen jährlich: 1911 bis 1914 169 000 t, 1915 163 000 t, 1916 140 000 t, 1917 87 000 t, 1918 62 000 t. Wenn man berücksichtigt, daß der Viehdünger während des Krieges zeitweise kaum mehr als die Hälfte Phosphorsäure enthielt, so ergibt sich, daß eine größere Anwendung von Phosphat nach dem Raubbau der Kriegsjahre wieder eine bedeutende Vergrößerung der Ernteergebnisse herbeiführen muß. („Lantmannabladet“ vom 3./7. 1919.)

Der Aufschwung der chemischen Industrie in den Vereinigten Staaten. Die National City Bank of New York veröffentlichte vor kurzem einen Aufsatz über den Aufschwung der chemischen Industrie in den Vereinigten Staaten. Die Union, so heißt es darin, hat bisher stets große Mengen Chemikalien eingeführt. Vor dem Kriege war der Gesamtwert der Einfuhr ungefähr 300%, in manchen Fällen 400% größer als die Ausfuhr. Während sich infolge der Kriegsbedürfnisse die Einfuhr wenig erhöhte, ist die Ausfuhr bedeutend gestiegen. Die jetzige Einfuhr von fertigen Chemikalien ist außerordentlich gering, da die amerikanischen Fabrikanten augenblicklich den bedeutenden Chemikalienmarkt der Union selbst beliefern. Gleichzeitig gelangen Chemikalien im Werte von fast 150 Mill. Doll. jährlich zur Ausfuhr. Im Rechnungsjahr 1918 belief sich der Wert dieser Ausfuhr auf 152 Mill. Doll. gegen 27 Mill. Doll. im Jahre 1914, 46 Mill. Doll. im Jahre 1915 und 124 Mill. Doll. im Jahre 1916. Am bemerkenswertesten ist der Aufschwung in der Ausfuhr von Farben und Farbstoffen, welche die Vereinigten Staaten vor dem Kriege in äußerst geringem Maße ausführten, hingegen in großen Mengen einführen. Der Gesamtwert der im Rechnungsjahr 1918 ausgeführten Farbstoffe betrug 17 Mill. Doll. gegenüber 12 Mill. Doll. im Jahre 1917, 5 Mill. Doll. im Jahre 1916, 1 Mill. Doll. im Jahre 1915 und weniger als 500 000 Doll. im Jahre 1914. Vor dem Kriege hatte die Farbstoffausfuhr nur 500 000 Doll. überschritten, während die Einfuhr sich jährlich auf 10 Mill. Doll. bis 15 Mill. Doll. belief. Die im Jahre 1918 nach Großbritannien ausgeführten Farbstoffe erreichten einen Gesamtwert von über 2 $\frac{1}{2}$ Mill. Doll. gegenüber 70 000 Doll. im Jahre 1916. Die Farbenausfuhr nach Frankreich betrug 1918 1,6 Mill. Doll., nach Italien 1,2 Mill. Doll., nach Japan, wohin früher keinerlei Farbenausfuhr bestand, 3,2 Mill. Doll. („Chemical Trade Journal“ vom 1./4. 1919.)

dn.

erzielt werden könne. Ein Land von 15 Mill. könnte die national-liberalen (bratianistischen) Monopole nicht mehr dulden. Ein Volk wie das rumänische könnte nicht mehr dem Gudünken eines politischen Klubs unterworfen werden.

dn.

Chilisalpeter. Die Nachfrage nach künstlichen Düngemitteln ist in der ersten Hälfte 1918 sehr rege gewesen. Trotzdem war die Einfuhr verhältnismäßig gering wegen der großen Vorräte an stickstoffhaltigen Erzeugnissen, die die Regierung zur Herstellung von Sprengstoffen aufgestapelt hatte und deren Verkauf vorher vorgenommen werden mußte, ehe Chilisalpeter eingeführt werden durfte. Außerdem wirkte der Schiffsraummangel störend und ein von der Regierung vorgeschriebener Höchstpreis von 16—17 Pfd. Sterl. je t. Europas Gesamtverbrauch an Chilisalpeter belief sich in den ersten sechs Monaten von 1918 auf 453 000 t. Holland und Skandinavien hatten mehr verbraucht als vor dem Kriege. Spaniens Bedarf war ungefähr dem Bedarf vor 1914 gleich. In Belgien und Frankreich ist der Verbrauch zurückgegangen, und Italien hat die Einfuhr wegen zu großer Vorräte an Stickstoff verboten. Aus Deutschland scheint Bedarf über das neutrale Ausland angemeldet worden zu sein, aber diese Aufträge konnten wegen des Handelsverbots nicht ausgeführt werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika verbrauchten etwa 425 000 t und verfügen noch über 360 000 t, wovon die Regierung angeblich 350 000 t als eisernen Bestand aufzuspeichern will. Für die nächsten 12 Monate wird der Weltbedarf auf 2 Mill. t geschätzt, ohne Berücksichtigung von Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland. Der Bedarf Mitteleuropas ist auch nicht schätzungsweise annähernd anzugeben, weil man nicht weiß, wieviel die neuen großen Stickstoffwerke erzeugen werden, die nach Ansicht der Engländer allerdings im Preise mit Chilisalpeter nicht werden konkurrieren können. Von größter Wichtigkeit für die Versorgung Europas sei die Beschaffung von Schiffsraum, der wahrscheinlich nicht ausreichen werde. Eine Syndizierung des Handels und der Erzeugung von Chilisalpeter scheine in der Vorbereitung begriffen zu sein. An dieser Syndizierung ist die chilenische Regierung beteiligt. Es scheint aber, als ob ein festes Abkommen, besonders mit den englischen Erzeugern, noch nicht zustande gekommen sei. („The Mining Journal.“)

ll.

Frankreichs Kalk-, Zement- und Gipsindustrie. Für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete steht nicht nur der französischen Eisenindustrie, sondern auch den Erzeugern aller anderen Baumaterialien großer Gewinn in Aussicht. Selbst an der Börse machen sich die in Zement und Gips Anlage suchenden Kapitalien in gesteigertem Maße bemerkbar. — Der Hauptmittelpunkt der Kalk- und Zementindustrie befindet sich in der Umgegend von Boulogne-sur-Mer, in Devrcs, Neufchatel, Dannes und Samer; ihre Erzeugung betrug vor dem Kriege 400 000 t, die jetzt voraussichtlich weit überschritten werden wird. Ferner findet diese Industrie sich bei Mantes, wo bisher etwa 1000 t hergestellt und jetzt neue Fabriken in Betrieb genommen werden. Andere Fabriken liegen in der Umgegend von Bordeaux, mit 100 000 t Erzeugung im Centre, bei Grenoble, in den östlichen Provinzen, mit 150 000 t Erzeugung bei Vitry-le-François und in Pagny-sur-Meuse sowie bei Marseille. Die Gesamtmenge der französischen Zementerzeugung betrug im Frieden 900 000 t. Im Jahre 1913 wurden dazu noch eingeführt 120 000 t aus Deutschland, Belgien und der Schweiz. — Der hydraulische Mörtel wird in Frankreich im Département Ardèche, in der Gegend von Le Teil und Cruas, hergestellt, vor dem Kriege 400 000 t. Andere Fabriken mit etwa 100 000 t Erzeugung finden sich bei Marseille, andere in der Gegend von Nizza, in den Départements Isère, Yonne, Aube und Marne und einigen anderen Bezirken. Die Gesamterzeugung betrug 1,3 Mill. t. — Gips wird im wesentlichen in der Gegend zwischen Chateau-Thierry (Marne) bis Triel (nordwestlich von Paris) und in dem Tal der Oise gewonnen. Die wichtigsten Gruben liegen in der Umgegend von Paris und haben eine Gesamterzeugung von 600 000 t. Gips für Fornzwecke wurde in Frankreich bis 25 000 t erzeugt, die zu einem großen Teil ausgeführt wurden. („L'Information“ vom 2./8. 1919.)

ar.

Die persische Zuckerröhrkultur beschränkt sich im wesentlichen auf die an das Kaspische Meer grenzende Provinz Mazanderan. Sie war früher bedeutender, ist aber infolge von Fabrikations- und Handelsschwierigkeiten zurückgegangen. Die Ernte des Jahres 1917 wird auf 700 t geschätzt. Die Fabrikationsmethoden sind sehr primitiv, und der Zucker kommt feucht auf den Markt. („Chim. et Ind.“ 1919, Nr. 4.)

u.

Marktberichte.

Preiserhöhung für Bleifabrikate. Nachdem die Rheinisch-westfälische Bleihändlervereinigung erst am 16./8. eine Preiserhöhung für Lagerverkäufe um 50 M auf 290 M je 100 kg vorgenommen hat, sah sie sich jetzt zu einem weiteren Aufschlag von 10 M auf 300 M veranlaßt, weil das Kölner Bleisyndikat freie Ware nicht zum Kontingentpreise von 265 M abgibt, sondern bis 270 M fordert. on.

Aus der luxemburgischen Eisenindustrie. Der Verkaufspreis für luxemburgischen Rohstahl ist augenblicklich derselbe wie derjenige

Übersichtsberichte.

Farbenausfuhr der Vereinigten Staaten nach Mexiko. Mexiko ist einer der besten Abnehmer von Farben und Lacken. Nach der Ausfuhr während der ersten Hälfte des laufenden Fiskaljahres zu urteilen, wird die Jahresausfuhr einen Wert von etwa 700 000 Doll. erreichen, d. h. mehr als 50% der Ausfuhr nach den 6 mittelamerikanischen Staaten zusammengenommen, und 50 101 Doll. mehr als nach den südamerikanischen Staaten, mit Ausnahme von Argentinien, Brasilien und Chile. Während der politischen Unruhen in Mexiko wurden hauptsächlich Farben für Kriegszwecke ausgeführt, doch ist festgestellt worden, daß selbst zu den bewegtesten Zeiten für nicht weniger als 100 000 Doll. Fabrikate für Handelszwecke nach Mexiko verladen wurden. Amtlichen Berichten zufolge steht eine Wiederbelebung der Farbenausfuhr für die nächsten Jahre bevor. („Wall Street Journal“ vom 15./7. 1919.) on.

Die rumänische Erdölausfuhr. Die „Balkan Agentur“ teilt aus Bukarest mit, daß die zwischen der rumänischen Regierung und den Vertretern der Standard Oil Comp. begonnenen Verhandlungen über die rumänische Erdölausfuhr einen günstigen Verlauf nehmen. Am 12./7. wurde in Bukarest ein Vortrag über die Erdölindustrie Rumäniens gehalten; bei dieser Gelegenheit ergriff der Vorsitzende der konservativ-nationalistischen Partei Take Joneșcu das Wort und griff die Regierung Brătianu wegen ihrer Haltung in den Erdölfällen auf das heftigste an. Das Erdölmonopol sei ausgeschlossen, da es unfähig sei, die Ausfuhr zu bewerkstelligen. Der Preis dafür würde infolge des internationalen Wettbewerbes nicht weiter erhöht werden können, zumal in verschiedenen Ländern zahlreiche neue Erdöllager entdeckt worden seien. Deshalb gebrauche Rumänien eine intensive Förderung, die nur durch die Freiheit der Ausbeutung

des französischen Verkaufskontors, nämlich 600 Fr. Fracht bis Landesgrenze, Zoll einbegriffen. Für Luxemburger Gießereirohre werden 235—240 Fr. verlangt, ausschließlich Zoll. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.*

Erhöhung der Eisenpreise. Der Verein deutscher Eisengießereien erhöhte für Maschinenguss die Verkaufspreise um 15 M je dz, für die übrigen Sorten um 30%. Der Verein deutscher Tempergießereien erhöhte die Verkaufspreise um 50 M je dz. Sämtliche Preiserhöhungen treten sofort in Kraft. *ar.*

Obwohl die **Preise für Zink** jüngst um 10 M für Augustlieferung, um 15 M für September und um 20 M für Oktober erhöht worden sind, kann von einem nennenswerten Verdienst der Industrie doch nicht die Rede sein. Die Zinkherstellung ist verhältnismäßig gering, die Nachfrage außerordentlich rege, und zwar auch von Seiten des Auslands, wohin erhebliche Mengen in letzter Zeit gegangen sind. Für Zinkbleche kann die Nachfrage nicht annähernd befriedigt werden. Die nächste Sitzung der Zinkhüttenvereinigung wird voraussichtlich Mitte September stattfinden. Mit den maßgebenden Stellen sind Verhandlungen wegen einer Aufhebung der Schwefelabgabe im Gange. Die künftige Organisation der Vereinigung wird vor allem von der Frage abhängig sein, ob Oberschlesien deutsches Land bleibt. *on.*

Aluminiumpreise in Frankreich. Das Aluminiumkonsortium hat die Preise von 3,75 auf 4,50 Fr. für 1 kg Aluminium erhöht. („L'Information“ vom 14./8. 1919.) *ll.*

Amerikanisches Kohlenangebot im rhein.-westf. Industriebezirk. Die rheinisch-westfälischen Industriellen haben telegraphische Anfragen erhalten, ob Interesse für einen Abschluß auf amerikanische Kohlen vorhanden sei. Lieferbar seien monatlich je 50 000 t Dampfkohlen und Gaskohlen. Preis 26 Doll. je t cif Rotterdam, Antwerpen oder Atlantischer Hafen, Hafen Frankreich. (Rh.-Westf. Ztg.) *Wth.*

Die Preisfestsetzung in der Ausfuhr und die chemische Industrie. In verschiedenen Zeitschriften ist man im Hinblick auf unsere zukünftigen Preisnotierungen im Außenhandel dafür eingetreten, die Preisunterbietung, die sich durch die Entwertung der Markvaluta möglich macht, nicht auszunutzen, sondern die Preise nach dem Auslande so zu stellen, daß wohl das deutsche Erzeugnis verkaufskräftig bleibt, die Spannung aber gegenüber dem gleichen inländischen Erzeugnis im Konsumlande nicht allzu groß ausfällt. Es ist wohl nicht notwendig, die Gründe, welche für ein solches Vorgehen sprechen, des näheren zu erläutern. In der Hauptsache aber darf wohl dargelegt werden, daß wir Ursache haben, unsere Fertigerzeugnisse nicht allzu billig zu verkaufen, weil wir nicht nur Wert darauf legen müssen, gute Preise, sondern auch hohe Guthaben im Auslande zu erzielen. Die Handelsabteilung des Ministeriums für Landwirtschaft, Industrie und Handel in Holland hat soeben eine Übersicht veröffentlicht über die Lage der verschiedenen Industrien im ersten Halbjahr 1919. Bei dem Bericht über die Entwicklung der chemischen Industrie wird folgendes ausgeführt: „Der niedrige Marktkurs ist gegenwärtig von überwiegendem Einfluß. Erzeugnisse deutschen Ursprungs werden zu Preisen angeboten, welche ganz erheblich niedriger sind als die Grundstoffe, welche ebenfalls aus Deutschland bezogen werden müssen.“ Diese wenigen Worte charakterisieren die Situation. Es scheint also, daß man in unserem Ausfuhrhandel chemischer Erzeugnisse die Erwägungen nicht berücksichtigt hat, die in den von uns erwähnten Aufsätzen der deutschen Öffentlichkeit näher gebracht worden sind. *E. L.*

Erhöhung der Petroleum- und Testbenzinpreise. Das Reichswirtschaftsministerium hat, wie die „Tägl. Berichte für die Petroleumindustrie“ mitteilen, die Petroleumpreise mit Wirkung vom 15./8. dergestalt erhöht, daß der Preis 120 M für je 100 kg Rein gewicht beim Verkauf von 100 kg und mehr nicht übersteigen darf. Bei Verkäufen von weniger als 100 kg darf der Preis für 1 l Petroleum bei Lieferung ab Lager oder Laden des Käufers 120 Pf., bei Lieferung in das Haus des Käufers 125 Pf. nicht übersteigen. Bei Lieferung ab Straßentankwagen liegt die Berechtigung vor, ohne Rücksicht auf die Größe der abgegebenen Mengen den Preis für je 1 l bei Lieferung frei Haus des Käufers bis zu 110 Pf. zu fordern. Der Preis für Testbenzin wird vom Reichswirtschaftsministerium auf 245 M je 100 kg erhöht. („B. Tg.“) *on.*

Marktbericht über Harze, Peche und Öle. Für Petroleumpech war in diesem Berichtsmonat die Nachfrage stärker, da viele Konsumtanten wegen der für den Winter drohenden Verkehrsschwierigkeiten sich rechtzeitig eindecken wollen. Die Preise zogen etwas an. Sobald die zur Zeit unterbrochenen Verhandlungen mit Polen wieder ihren ungestörten Fortgang nehmen werden, sind größere Zugänge zu erwarten, und zwar dürfte sich unter Berücksichtigung der außerordentlich gesteigerten Frachtsätze der Preis für Hartpech auf beiläufig 50—55 M für 100 kg stellen. Mineralöl war sehr knapp, namentlich Mineralölraffinat. Die Aussichten, preiswertes amerikanisches Mineralöl zu erhalten, haben sich bisher nicht verwirklicht. Einstweilen kam erst eine Ladung Zylinderöl zu ziemlich hohem Preis herein. Auf Zufuhr von amerikanischem Spindelöl ist gegenwärtig noch nicht zu rechnen, wir sind hier noch vornehmlich auf die Einfuhr polnischer Öle angewiesen. Die Lage auf dem Cumarontharzmarkt hat sich nicht verbessert. Um

dem dringenden Bedürfnis nach hellen, harten Harzen nachzukommen, sollen drei neue astrohelle Arten zu höheren Preisen als Art 1 auf den Markt gebracht werden. Amerikanisches Harz war wenig angeboten; der Preis für greifbare Ware stellte sich im Durchschnitt auf 8 M für 1 kg. Französisches Harz war zum Preis von 5,50 M bis 5,75 M für 1 kg erhältlich, deutsches Fichtenharz in kleineren Mengen zum Durchschnittspreise von 6 M für 1 kg. Angebote von Leinöl lagen in genügender Menge vor, wobei die Preise gegen den Vormonat eine weitere Senkung auf durchschnittlich 13—14 M für 1 kg verzeichneten lassen. Es kamen auch kleine Posten von Holzöl zu einem durchschnittlichen Preis von 14,50 M für 1 kg auf den Markt. Stearinpech war in mäßiger Menge angeboten, und die Preise bewegten sich zwischen 5,50 und 6,50 M für 1 kg. *jk.*

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Zwangswise Verlängerung des Stahlwerksverbandes. Nachdem die Versuche, sämtliche Mitglieder des Stahlwerksverbandes für eine vorläufige Verlängerung bis zum Schluß des Jahres 1919 zu gewinnen, an dem Widerstande der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Bochum und der Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Meiderich gescheitert sind, hat die Regierung durch das Reichswirtschaftsamt eine Verfügung erlassen, wonach im Zwangsweg die Verlängerung eintritt, um dadurch Zeit zu Verhandlungen zur endgültigen Verlängerung des Verbandes zu gewinnen. *on.*

Am 13./7. 1919 hat sich die **Vereinigung selbständiger Metallanalytiker Deutschlands** gebildet (s. S. 596), die einen engeren Zusammenschluß der selbständigen Chemiker, die sich mit Metalluntersuchungen beschäftigen, herbeiführen soll. Die Vereinigung selbständiger Metallanalytiker Deutschlands hat für die chemische Untersuchung von Erzen und Metallen Mindestpreise aufgestellt, deren Unterschreitung jedem ihrer Mitglieder bei Konventionalstrafe untersagt ist, und die am 1./9. zur Einführung kommen. *on.*

Errichtung von Kohlensyndikaten. Auf Grund der Bestimmungen über die Regelung der Kohlenwirtschaft werden 4 Braunkohlen-, 7 Steinkohlen- und 1 Gaskoks-Syndikat errichtet. Die Ausführungsbestimmungen treten am 1./9. in Kraft, ausgenommen bleibt vorläufig das Saarkohlengebiet, für welches das Inkrafttreten dieser Bestimmungen durch besondere Bekanntmachung geregelt wird. *on.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

China. Handel mit Deutschland. Reuter meldet am 9./8., daß das Gouvernement Hongkong auf Anordnung des britischen Staatssekretariates für die Kolonien bedingte Genehmigung zum Handel mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich erteilt. *dn.*

England. Einfuhrverbote. Lloyd George hat zwar in einer großen wirtschaftspolitischen Rede vom 18./8. den Wegfall der englischen Einfuhrverbote vom 1./9. an in Aussicht gestellt, dabei aber doch verschiedene Vorbehalte, namentlich solche zum Schutz der sogenannten Schlüsselindustrien, als deren Beispiele er Farbstoffe und optische Gläser nannte, gemacht. Es dürfte sich daher bei der Aufhebung der Verbote nur um die große umfassende Liste allgemeiner Natur handeln, nicht aber auf das besondere erst kürzlich auf Grund des Artikels 43 des Zollgesetzes von 1876 erlassene Verbot (vgl. S. 470 Sp. 2 unten). Den dort wiedergegebenen Rechtsstandpunkt, wonach dieses Verbot rechtsungültig ist, weil das Gesetz sich nur auf Kriegsmaterial bezieht, nimmt laut „Economist“ vom 16./8. 1919 auch der frühere liberale Minister Sir John Simon ein, der ihn in einer am 22./7. in Manchester gehaltenen Rede begründet hat, die jetzt von der National Producers League in Manchester veröffentlicht worden ist. Wie die „Press Association“ nach „Financial News“ vom 19./8. 1919 von Hirst, dem jetzigen Herausgeber von „Common Sense“ und früheren Leiter des „Economist“ erfährt, will Sir John Simon die Sache zum Austrag bringen, indem er binnen kurzem Waren, die unter das Verbot fallen, aus Spanien einführt, ohne eine Lizenz dafür nachzusuchen. Er hat seine Absicht dem Rechtsanwalt des Handelsamts mitgeteilt und um Zuziehung eines Zollbeamten gebeten, um so die Rechtsgültigkeit der Verordnungen entscheiden zu lassen, auf die sich die Zollbehörden stützen. *Ec.**

Polen. Handelsbeziehungen zu Norwegen. In Warschau ist die **Norway Society** durch die ersten Geschäftsmänner des Landes gegründet worden, um den Warenaustausch zwischen Polen und Norwegen zu fördern. Polen bietet Hanf, Flachs, Zucker, Naphtha und später auch Kohlen an und wünscht gagegen aus Norwegen Kunstdünger und Maschinen zu beziehen. *ar.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Frankreich. **Einigungsbestrebungen in der französischen Eisenindustrie.** Ähnliche Ausdehnungsprojekte wie die der Hüttenwerksgesellschaft Ougrée-Marihaye (s. S. 542) tauchen jetzt auch in der französischen Eisenindustrie auf. Die großen Hüttenwerke suchen durch die Zusammenfassung verschiedener Firmen die Möglichkeit in die Hand zu bekommen, sich in der Fabrikation zu spezialisieren und so billiger für die Ausfuhr arbeiten zu können. Auf diesem Wege haben die Stahlwerke von Longwy, die jetzt ihren Betrieb teilweise wieder aufnehmen konnten, einen Erfolg zu verzeichnen. Jedenfalls machen die Stahlwerke von Longwy große Anstrengungen, eine führende Stellung in der lothringischen Eisenindustrie zu erobern. *on.*

— **Betriebsaufnahme.** Die Gesellschaft *Forges et Acieries de la Marine et Homecourt* beabsichtigt, ihre Kalköfen von St. Germain (Departement Meuse) wieder in Betrieb zu setzen. Anderseits soll die Gesellschaft der Frage der Elektrisierung ihrer Walzwerke und des Baues eines elektrischen Ofens für die Anlagen von Assaillay nähertreten wollen. Der Strom dazu soll aus dem südlichen Teil des Departements Isère kommen. In Le Boucau sind drei Hochöfen in Betrieb, der vierte ist in Reparatur. Vor dem Kriege waren sechs Hochöfen in Homecourt in Betrieb, ein siebenter war im Bau. Für die vollständige Inbetriebsetzung der gesamten Anlagen ist ein besonderes Programm ausgearbeitet worden. („*L'Information*“ vom 22./7. 19.) *ll.*

— **Neue Kohlenlager.** Südlich der Hot, beim Dorfe Cayla, an der Straße Aubin—Montbazens, Dep. Hot, wurde von der *Soc. de la Vieille-Montagne* in 130 m Tiefe ein großes Kohlenlager von 9 m Mächtigkeit gefunden. („*L'Exportateur Français*“) *ll.*

Belgien. **Betriebsaufnahme der Zinkgießereien.** Das „*Algemeen Handelsblad*“ vom 15./8. teilt mit, daß während des Krieges die australischen Bergwerke ihre Lieferungsverträge mit deutschen Gießereien gelöst haben und die Kontrolle über australische Erze teils in australische, teils in englische Hände übergegangen ist. Jetzt haben die belgischen Zinkgießereien mit den Londoner Interessenten Verträge abgeschlossen, nach denen sie auf fünf Jahre das Recht über 150 000 t Zink aus Australien mit Vorzugsrecht auf weitere 50 000 t im Jahre erhalten, so daß die belgischen Zinkgießereien in der Lage sind, ihre Betriebe wieder zu eröffnen. *ar.*

Polen. **Neue Eisenerzfunde.** In der Gegend von Czenstochau sind neuerdings wieder bedeutende Eisenerzlager entdeckt worden. Es stellt sich immer mehr heraus, daß den Eisenerzlagerstätten der Juraf ormation in den Kreisen Czenstochau und Wielun große Wichtigkeit beizumessen ist. Diese Erze treten hauptsächlich an dem Westrande des Höhenzuges auf, der sich von Wielun über Czenstochau in südöstlicher Richtung bis in die Gegend von Olkusz erstreckt. Die Erze sind Toneisensteine, die die Schichten des braunen Jura in zahlreichen Bänken von allerdings meist nur geringer Mächtigkeit durchsetzen. Da sie in geringer Tiefe auftreten, sind sie leicht zu gewinnen. Als dann ist zu beachten, daß diese Erze den oberschlesischen Eisenhütten verhältnismäßig nahe liegen. Zur Zeit wird das Vorkommen durch eine Anzahl Gruben, die den Eisenhütten des polnischen Industriebezirkes gehören, ausgebaut. Die jährliche Förderung beträgt etwa 300 000 t. Der vorhandene Erzvorrat ist, wie viele Untersuchungen ergeben haben, ein ganz bedeutender. Daß die Förderung zur Zeit noch nicht erheblich ist, ist darauf zurückzuführen, daß die polnischen Eisenhütten kein Interesse daran hatten, die Förderung über ihren eigenen Bedarf hinaus zu steigern. Auch im Kreise Bendzin kommen Eisenerze in Triasschichten, und zwar im Muschelkalk und im Keuper als Brauneisenerze vor. In ihrer Zusammensetzung und ihrem Auftreten gleichen sie völlig den Erzen des oberschlesischen Industriebezirks in der Gegend von Tarnowitz und Beuthen. Der im Muschelkalk vorhandene Vorrat an Brauneisenerzen darf als sehr bedeutend angenommen werden. *dn.*

Chemische Industrie.

England. **Neugründung.** Die *British Mexican Petroleum Company Ltd.*, wurde mit einem Kapital von 2 Mill. Pfd. Sterl. gegründet, um mit der *Huasteca Petroleum Company* in Verbindung zu treten, Öle, Petroleum, Gas und deren Erzeugnisse zu raffinieren, zu transportieren und damit Handel zu treiben. („*Nachrichten*“ 26, 1919.) *dn.*

— **Kapitalerhöhung.** Bei der *British Dyestuff Corporation* sind auf die Zeichnungen von Vorzugsaktien 49 und auf die Zeichnungen bevorrechtigter Stammaktien 19% zugeteilt worden. („*Fin. News*“ vom 7./8. 1919.) *Ec.**

— **Geschäftsabschluß.** Die schottische *Düngel- und Futtermittelfabrik J. and J. Cunningham* hat 1918/19 einen Reingewinn von 42 300 gegen 28 600 Pfd. Sterl. im Jahr vorher erzielt, woraus auf die Stammaktien 12 1/2% gegen damals 15% Dividende gezahlt wird. Sie beansprucht trotzdem 4500 Pfd. Sterl. mehr, da an der Schlußdividende 100 000 Pfd. Sterl. neues Kapital beteiligt sind in Gestalt von kapitalisierten Reserven, die den Aktionären im Laufe des Geschäftsjahrs als Gratisaktien zugewiesen sind. Es sind davon nur 32 000 Pfd. Sterl. als dem Reservefonds entnommen erkennbar. Der Vortrag beträgt neben Rückstellung für

die Kriegsmehrgewinnsteuer 23 300 gegen 39 500 Pfd. Sterl. vor einem Jahre. („*Fin. Times*“ vom 18./8. 1919.) *Ec.**

Belgien. **Zusammenschluß chemischer Fabriken.** Die beiden ältesten Gesellschaften der chemischen Industrie, die *Produits Chimiques d'Aiseau* und die *Produits Chimiques de Moustier* wurden aufgelöst wie auch die *Société de Superphosphates et Guano in Gent*. Die Einrichtungen der drei Unternehmen wird eine neue Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 5 000 000 Fr. übernehmen. *dn.*

Schweden. **Kapitalerhöhung.** A.-G. für *Stickstoff-Industrie* in Göteborg. Die Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Mill. auf 12 Mill. Kr. *Gr.*

— **Chemische Industrie.** A. B. Roberts in Oerebro hat begonnen, Essenszen herzustellen. 1916 wurde versuchsweise in Trollhättan von der A. B. Kemisk & Elektrokemisk Produktion *Phosphor* hergestellt auf die bekannte Weise durch Schmelzung auf elektrischem Wege, und bereits 1917 betrug diese Herstellung 100 t. Zu gleichem Zweck wurde A./B. Reduktör in Gullspång gegründet. Beide Fabriken gehören nun *Svenska Tändsticks A./B.*; hierdurch wurde der Phosphorbedarf der schwedischen Zündholzindustrie durch einheimische Erzeugung sichergestellt. Die Herstellung von *Kalisalpeter* auf moderne Weise, sog. *Konversionssalpeter*, aufgenommen von *Gyttorps Krutbruk*, ersetzte die frühere Salpeterherstellung in Salpeterläden. Ermittlungen wegen einheimischer Herstellung von *Kochsalz* sind von einer Staatskommission angestellt worden. Falls die gegenwärtigen abnorm hohen Preise für Salz bestehen bleiben, ist es nicht unmöglich, daß eine Herstellung aus dem Meereswasser der Westküste zustande kommt. A./B. *Kväveindustri* in Gotenburg hat die Herstellung von *Soda* nach der alten Leblancmethode aufgenommen. Da der außerordentlich hohe Soda Preis der letzten Kriegsjahre sich nicht weiterhin halten darf, ist kaum anzunehmen, daß diese Kriegsindustrie von Bestand sein wird. Auch ist es noch ungewiß, wie sich die Herstellung der Luftstickstofferzeugnisse dieser Gesellschaft gestalten wird. Viele Versuchsfabriken haben die Herstellung von *Chromsalzen* aufgenommen, von denen einige die Tätigkeit bereits eingestellt haben, nachdem die Einfuhr wieder ermöglicht war. Nur eine Fabrik, *Sandsta Elektriska Smältverk*, wird die Herstellung fortführen. Ein Zoll auf Chromsalze dürfte aber eine Bedingung für eine glückliche Zukunft dieser für Schweden wichtigen Fabrikation sein, nachdem Chromverbindungen immer mehr und mehr Anwendung in der Technik gefunden haben. A./B. *Höganäs-Billesholm* baut bei Högonäs eine Fabrik zur Herstellung von *Tonerde* aus feuerfestem Lehm der Landschaft Schonen zur Aluminiumherstellung. Das Verfahren ist noch nicht veröffentlicht. (W. N. D.) *ll.*

Rußland. **Chemische Industrie.** Gleich allen anderen Ländern hat auch Rußland während des Krieges auf dem Gebiete der chemischen Industrie nicht unerhebliche Anstrengungen gemacht, um den Ausfall der deutschen Einfuhr durch entsprechende Förderung seiner Eigenindustrie weniger empfindlich zu machen. Während des Krieges sind in Rußland an zahlreichen Orten neue chemische Fabriken errichtet worden. Als beachtenswert verdient hierbei hervorgehoben zu werden, daß fremdländisches Kapital sich Neugründungen chemischer Fabriken gegenüber in Rußland äußerst zurückhaltend gezeigt hat und in kaum nennenswertem Umfang angelegt worden ist. Man führte diese Unlust des Auslandes, Kapitalsanlagen in der chemischen Industrie Rußlands zu tätigen, auf die Befürchtung zurück, daß mit Einstellung der Feindseligkeiten der deutsche Wettbewerb gerade auf dem Gebiet der chemischen Industrie so erheblich in Wirkung treten könnte, daß die Einträchtigkeit russischer chemischer Werke sich dadurch fraglich gestalten könnte. An halbwegs größeren neuen Unternehmungen sind zu nennen: „Die russische Gesellschaft für chemische Industrie vom Jahre 1914“ in Moskau und neben ihr zahlreiche neue Fabriken der ehemaligen kriegsindustriellen Ausschüsse, von denen eine Toluol fabrik in Baku und eine Phosphor fabrik in Troizk auch noch heute in Betrieb sein sollen. Wie alle übrigen gewerblichen Betriebe, so sind auch die Fabriken der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Rußland nach der Revolution durch die Bolschewisten sozialisiert worden. Seitdem kann von einem Fortschritt der chemischen Industrie in Rußland im Sinne einer Erweiterung der bisher bestehenden Fabrikanlagen oder einer Neuerrichtung von weiteren chemischen Fabriken nicht mehr gesprochen werden. Die vielen seinerzeit durch den russischen Semstwobund auf dem flachen Lande errichteten chemischen und pharmazeutischen Kleinbetriebe, die verschiedene chemische Erzeugnisse und vielfach auch Farbstoffe nach vereinfachtem Verfahren herstellten, sind, wie bolschewistische Blätter mitteilen, meistens auch heute noch tätig, jedoch fehlen so ziemlich alle näheren Angaben über die Verhältnisse ihrer Erzeugung. In der Ukraine arbeiten gegenwärtig nur noch drei große chemische Werke, und auch diese haben keinen vollen Betrieb. Es sind die Soda fabrik von Ljubimoff, Solveigh & Co., die Glas fabrik Lievenhof und die Fabrik Kushezoff in Lissitschansk. Die Säurefabriken und Benzolwerke stehen fast sämtlich still. Die für die gesamte Industrie geltenden Hindernisse, wie Kohlenmangel, Zerstörung des Verkehrswesens, Mangel an Schmierölen und Rohstoffen, wirken auch bei den chemischen Fabriken. Die Schwefelsäurefabriken

sind von der Zufuhr von Schwefelkies und Chilesalpeter abhängig. Die Vorräte der Ukraine an Schwefelkies betragen aber zur Zeit nur etwa 400 000 Pud und an Salpeter annähernd 200 000 Pud, wobei auf eine Zufuhr dieser Rohstoffe nicht gerechnet werden kann. Wegen Koksmangel können die meisten Fabriken ihren Betrieb in absehbarer Zeit nicht wieder aufnehmen. Insbesondere gilt dies für die Benzolfabriken in Brjansk. Während des Krieges lieferten alle Benzolwerke unter günstigen Bedingungen etwa 80 000 Pud Rohbenzol. Gegenwärtig könnten sie bestenfalls nur die Hälfte liefern. *on.*

Industrie der Steine und Erden.

England. Kapitalerhöhung. Forsters Glass Ltd. hat 175 000 7½%ige Vorzugsaktien mit Nachzahlungsrecht zu 1 Pf. Sterl. ausgegeben, die binnen zwei Tagen überzeichnet worden sind. — In der Generalversammlung der British Glass Industries Ltd., die ursprünglich zur Übernahme und Ausgestaltung der schon in zwei Fabriken in Leeds und Canning Town bei London betriebenen maschinellen Flaschenherstellung begründet war, wurde beschlossen, das Kapital von 300 000 Pf. Sterl. zu verdoppeln und die neuen Pfund-Äktien den Aktionären zu 2½ Pf. Sterl. anzubieten, obgleich die alten jetzt einen Kurs von 4½ Pf. Sterl. haben. Die dadurch aufgebrachten Mittel sollen zur Finanzierung folgender Erweiterungen der Interessen dienen: a) Erwerb der Queenborough Glass Bottle Works Ltd. und der British and Foreign Bottle Co., deren bisherige Erträge allein genügen würden, um auf das jetzige Aktienkapital der B. G. J. eine ansehnliche Dividende zu zahlen, b) Erwerb von 300 000 Pf. Sterl. 8%iger Vorzugsaktien der British Winton Glass Company Ltd. (s. S. 561), auf die nach Ansicht des Vorsitzenden allein eine Einnahme von 100 000 Pf. Sterl. jährlich nach Fertigstellung der Anlagen dieses Unternehmens zu erwarten sind. („Economist“ vom 9./8. 1919.) *Ec.*

Niederlande. Neugründung. Die Gründung einer nationalen niederländischen Kunstportlandzementfabrik wird geplant. Eine Kommission von Vertrauensmännern, die aus zwei früheren Offizieren, einem Geologen, einem Ingenieur und dem Direktor der N. V. Industriële Maatschappij van Gewapend Beton in Breda, Herrn F. J. Stulemeyer, besteht, wurde gebildet. Eine Studienkommission, der 20 000 fl. zur Verfügung gestellt wurden, soll den in wirtschaftlicher wie technischer Beziehung vollkommensten Plan weiter bearbeiten und so den Bau der Portlandzementfabrik, die von einer ausschließlich niederländischen Gesellschaft betrieben werden soll, aufs Gründlichste vorbereiten. Die Firmen und Personen, welche zu dem Studienfonds beitragen, können im Verhältnis ihres Beitrages an dem Kapital der neu zu errichtenden Gesellschaft teilnehmen. Nach dem 15./8. 1919 soll, sofern man es noch für nötig erachten wird, der Beitritt zu dem Syndikat auch noch anderen Interessenten freigestellt werden. Das Bureau des Studiensyndikats hat seinen Sitz in Amsterdam. *Od.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Aufhebung der Kontingentierung der Metalle. Nach Mitteilung der Rechtsstelle für Sparmetalle soll die Kontingentierung der Metalle im Monat September aufgehoben werden; für Blei und Aluminium schon bis Ende August. Ab Oktober wird daher der Bezug von Material nur noch im freien Handel stattfinden können. *ar.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Die Mehrbelastung der Industrie durch die Revolution. Die ungeheure Mehrbelastung der gewerblichen Betriebe infolge der Revolution und ihrer Nachwirkungen ist bereits in mehreren Fällen statistisch einwandfrei erfaßt worden. Ergänzend sei mitgeteilt, daß die Mehrbelastung bei der Harpener Bergbau A.-G. (dem größten reinen Bergbauunternehmen Deutschlands) jährlich insgesamt 73 Mill. M. beträgt, wovon 28 Mill. auf die Lohnerhöhungen und 45 Mill. auf verringerte Arbeitsleistung entfallen. Bei der Firma Adlerwerke Kleyer macht sie 85,97% der Jahreslohnsumme vor der Revolution aus, davon 33,47% infolge Lohnerhöhung und 52,5% durch Arbeitsminderleistung. Hieraus geht klar hervor, daß nicht die Lohnerhöhung, sondern die Verminderung der Arbeitsleistung den Hauptteil der Mehrbelastung ausmacht. Die Lohnerhöhungen könnten zur Not noch getragen werden, wenn die Arbeitsleistung auf der früheren Höhe sich hielte. Nicht Arbeit, sondern „Verhandeln“ ist heute die Hauptbeschäftigung eines großen Teiles der Arbeiterschaft. Neben dem Rückgang der eigenen Arbeitsleistung wird dadurch auch den leitenden Personen eine Unmenge Zeit fortgenommen, die für sie gerade jetzt bei der Umstellung der Betriebe von besonderer Kostbarkeit ist. Daß es so auf die Dauer nicht weiter gehen kann, sondern nur die intensivste Arbeit uns am Abgrund vorbeiführt, dürfte allmählich jedem Arbeiter, sofern er nur den guten Willen zur Einsicht hat, klar geworden sein. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.*

Die Einfuhr von Farbwaren und Lacken. Der Verein des deutschen Ausfuhrgroßhandels von Harz, Terpentinöl und Lackrohstoffen, Hamburg, hat nachstehende Entschließung angenommen: „Es ist genügend bekannt, daß die Wiedereinschaltung des regulären Einfuhrhandels im besetzten Gebiet, wo sich im Einvernehmen mit den Belörden niemand mehr um die Bundesratsverfügungen kümmert, den Schleichhandel schnellstens und restlos beseitigt hat, so daß dort der legitime Fachhandel bereits wieder seinen Geschäften nachgehen kann. Im unbesetzten Gebiet dagegen nimmt der Schieber- und Schleichhandel täglich größere Dimensionen an. Der ehrbare Einfuhrhändler ist gegen diesen wilden Handel heute weniger geschützt als je zuvor. Wir verlangen daher Aufhebung der bestehenden Beschlagnahmebestimmungen und Zwangsverordnungen, soweit sie die Artikel Harz, Terpentinöl, Kienöl, Holzöl, Schellack, Kopale, Gummi arabicum, Tragant und Carnaubawachs betreffen, bis zum 15./9. Sollte unserem Verlangen nicht stattgegeben werden, so sieht sich der ehrbare Einfuhrhändler in diesen Artikeln in gerechter Notwehr dahin gedrängt, denjenigen seiner Fachkollegen weiterhin als ehrbaren Kaufmann anzusehen, welcher im Widerspruch zu den Zwangsbestimmungen im Kampfe um den Neuaufbau seiner Existenz und zur Erhaltung seiner Mitarbeit in vorstehenden Artikeln Handel treibt.“ *Gr.*

Chemische Industrie.

Erschwerung der Ausfuhr chemischer Erzeugnisse. In einer Zuschrift an ein Berliner Blatt wird festgestellt, daß neuerdings die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse vom Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen davon abhängig gemacht wird, daß die Differenz zwischen dem deutschen Inlandpreis und dem Ausfuhrpreis abzüglich 10% von den Handels- oder Ausfuhrfirmen an die liefernden Fabriken abgeführt wird. Es wird in der Zuschrift hervorgehoben, daß dadurch der chemischen Großindustrie ein Privileg gegeben wird, auf das sie keinen Anspruch habe. Schon während des Kriegszustandes habe die chemische Großindustrie durch die Verordnungen bezüglich der Ausfuhr Vorteil gehabt, da diese Verordnungen auf eine Ausschaltung des Handels und der kleineren und mittleren Firmen von der Ausfuhr hinzielen. Von zuständiger Stelle sind diese Darlegungen in dieser Form allerdings als nicht zutreffend bezeichnet worden. Die Zentralstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligungen der chemischen Industrie fragt aber, wie zugegeben wird, bei gewissen Erzeugnissen bei den Erzeugungsfirmen an, ob diese unter bestimmten Bedingungen mit der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse seitens der beantragenden Ausfuhrfirmen einverstanden seien. Hierbei könnte es dann wohl vorkommen, daß die Lieferfirma sich mit dem Ausfuhrhändler in Verbindung setzt und von diesem einen Anteil des Ausfuhrgewinnes verlangt. Amtlich begünstigt oder sogar gefördert würde aber ein derartiges Verfahren nicht. Selbst wenn diese Darstellung zutrifft, würde ein solches Verfahren doch unzulässig sein. Die Zentralstelle hat nun zu entscheiden, ob sachlich die Voraussetzungen für die Ausfuhr einer Ware zutreffen oder nicht, und danach hat sie ihre Entscheidung zu treffen. Aber in der Praxis kommt es darauf hinaus, wie uns aus unserem Leserkreise mitgeteilt wird, daß die Außenhandelsstelle das Interesse der Fabrikanten derart wahrnimmt, daß tatsächlich der Ausfuhrhandel ausgeschaltet ist. Die Außenhandelsstelle gibt, wie uns mitgeteilt wird, nur dann Ausfuhrbewilligungen, wenn Belege des Lieferwerkes beigelegt sind, aus denen hervorgeht, daß die betr. Waren ausschließlich zur Ausfuhr gekauft sind. Sind solche Belege den Anträgen nicht beigelegt, dann fragt die Außenhandelsstelle bei den betreffenden Fabriken direkt an, ob sie die Erlaubnis zur Ausfuhr geben. Auf Vorhaltungen, daß die Stelle lediglich zu entscheiden habe, ob eine Ausfuhr im Interesse des Reiches liege oder nicht, und daß sie nicht einseitig die Fabrikanteninteressen zu wahren habe, hat sie geantwortet, daß sie eine Wahrung der Interessen der Fabrikanten in ihrem Vorgehen nicht erblicken könne. Als Begründung ihres Verhaltens hat sie mitgeteilt, daß sie diese Art der Behandlung von Ausfuhranträgen mit Ermächtigung des Reichskommissars von der während der Kriegszeit eingesetzten Zentralstelle übernommen hat. Da es durchaus nicht Saché der Außenhandelsstelle ist, allein die Interessen der Fabrikanten, wie es in diesem Vorgehen zutage tritt, zu vertreten, so sollte sie diesen von der Zentralstelle übernommenen Zopf baldigst abschneiden. („Hbg. Frdb.“) *Gr.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Forschungsinstitute.

Ein Institut für Salpeterforschung (Instituto científico e Industrial del Salitre) ist in Chile durch Salpeter-Industrielle gegründet worden. Es soll sich mit dem Studium aller Fragen, die mit der Salpeterindustrie zusammenhängen, befassen, ohne sich jedoch in den Salpeterhandel selbst einzumischen. *Gr.*

In Stuttgart wurde ein **wissenschaftliches Forschungsheim für Wärmewirtschaft** unter Leitung von Prof. Knoblauch (von der Technischen Hochschule in München) gegründet. Es wird angestrebt, sowohl in der Industrie wie auch im Baufach eine bessere Brennstoffausnutzung durch geeignete Wärmeschutzstoffe zu erzielen, da gegenwärtig etwa 75% aller Kohlen unausgenutzt verlorengehen. Entsprechende Gesetzesvorschriften sind in Vorbereitung. *Wth.*

Als G. m. b. H. ohne Gewinnabsicht ist am 11.8. eine **englische Glasforschungs-Gesellschaft** (Glass Research Association) mit einer Anfangsmitgliederzahl von nicht über 100 (Haftsumme 5 Pf. Sterl.) eingetragen worden. Zweck ist die Förderung der Forschung und sonstiger wissenschaftlicher Arbeit hinsichtlich der Glasindustrie und verwandter Industrien, die Errichtung von Laboratorien und Werkstätten, die Beantragung von Geldhilfe und sonstiger Hilfe von Staats wegen, Verständigung mit staatlichen Forschungsstellen, Veröffentlichung von Büchern, Statistiken usw., Schaffung von Museen, Bibliotheken usw. Ausländer und ausländische Gesellschaften dürfen nur mit Genehmigung des Handelsamtes Mitglieder werden, Adresse: 51 Lincoln's Inn Fields W. C. London. („Fin. Times“ vom 15.8. 1919.) *Ec.**

Soziales.

Lohnerhöhungen in England. Nach einer ausführlichen Zusammenstellung in der vom britischen Arbeitsministerium herausgegebenen „Labour Gazette“ beläuft sich die den Arbeitern seit Juli 1914 bis zum ersten Quartalsende dieses Jahres zugestandene Lohnerhöhung im Durchschnitt auf 100—120%. Abgesehen von manchen qualifizierten Arbeiterklassen, die besondere Erhöhungen und Zulagen erhielten, betrug die Steigerung zum Beispiel in der Baumwollindustrie 105%, in der Woll- und Kammgarnindustrie 107%, für Spinner, Appreteure, Reiniger u. dgl. zwischen 106 1/4 und 125,5%. Für Stoffbleicher, Färber, Drucker griff eine gleitende Lohnskala Platz; sonstige Textilarbeiter bekamen etwa um 75% höhere Löhne als in der Vorkriegszeit, Strumpfweber um 54%. Für das gesamte Textilgewerbe dürfte die Lohnsteigerung somit zwischen 100 und 110% ausmachen. Die Durchschnittslohnernhöhung aller Kohlenbergwerksarbeiterklassen gegen die letzte Zeit vor dem Krieg wird auf 110—120% beziffert. Im Baugewerbe zeigt die Erhöhung starke Verschiedenheiten, die durch die örtlichen Umstände bedingt waren. Je nach Art der Beschäftigung betragen hier die Steigerungen zum Beispiel in Städten von über 100 000 Einwohnern 88—123%. Auffallende Unterschiede sind auch in der Lohnzunahme im Maschinen- und Schiffbau festzustellen. Maschinenarbeiter erhielten etwa 98—156%, Schiffsbauarbeiter 91 bis 154% höhere Lohnsätze. Bei den gesamten Lohnänderungen, die meist auf Grundlage des Stunden- oder Wochenlohnes erfolgten, ist für die Beurteilung des tatsächlichen Verdienstes allerdings auch die fast durchweg eingeführte Kürzung der Arbeitszeit und die oft nicht unerhebliche Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. *u.*

In der englischen chemischen und pharmazeutischen Industrie hat eine **Bewegung für Erhöhung der Löhne** und Abkürzung der Arbeitszeit eingesetzt. Die Gewerkschaft der Arbeiter dieses Zweiges (Amalgamated Society of Pharmacists Drug and Chemical Workers) behauptet, daß einige ihrer Mitglieder sehr schlecht bezahlt werden; der Durchschnittslohnbetrag sei für Männer 50—55 sh. für die Woche, für Frauen 25—30 sh. („Fin. Times“ vom 11.8. 1919.) *Ec.**

Die chemische Industrie zur Wirtschaftspolitik. Die schwankende Haltung der Reichsregierung in grundsätzlichen Fragen unserer Wirtschaftspolitik hatte den Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands E. V. veranlaßt, am Sonnabend, dem 23.8., Vertreter aller Zweige der chemischen Industrie aus dem ganzen Reich nach Berlin zu berufen, um ein klares Bild darüber zu gewinnen, welche Stellung die chemische Industrie in ihrer überwiegenden Mehrheit einnimmt. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung legte ihre Auffassung in folgender einstimmig angenommenen Entschließung nieder: Über die schwere Not der nächsten Zukunft kann nur eine aufrichtige Solidarität der Erzeuger untereinander und ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinweghelfen. Die Anwesenden begrüßten es daher mit voller Zustimmung, daß auf dem Gebiete der chemischen Industrie bereits ein derartiger Zusammenschluß in Gestalt der **Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie** geschaffen worden ist. Sie erklären es für notwendig, bis auf weiteres die von der Arbeitsgemeinschaft auch unter Hinzuziehung des Handels und der Verbraucher errichteten Selbstverwaltungskörper aufrecht zu halten. Um diesen Einrichtungen, unabhängig von dem Wechsel in den Regierungsstellen, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, verlangen die Anwesenden von der Regierung: 1. die **behördliche Anerkennung der Reichsarbeitsgemeinschaften** und der von dieser errichteten Selbstverwaltungskörper — ferner 2. die sofortige Konstituierung des Reichswirtschaftsrats, der bei jeder Regelung von wirtschaftlichen Fragen seitens des Reichstages zuvor gehört werden muß und der selbst auch Initiativanträge auf diesem Gebiet stellen kann, — und endlich 3. bis zur Erfüllung dieser For-

derungen die **Zuziehung der Reichsarbeitsgemeinschaften** in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen vor deren Entscheidung — 4. den Selbstverwaltungskörpern ausschließlich (unter Fortfall aller Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einführbewilligung) die gesamte Ein- und Ausfuhrbewilligung zu übertragen. *dn.*

Gewerbliche Fragen.

Neue Roh- und Ersatzstoffe, Verfahren und Apparate.

Synthetischer Alkohol als Betriebsstoff in England. Da die Möglichkeit vorhanden ist, große Quantitäten Alkohol aus den bei der Verkokung der Kohle entstehenden Nebenerzeugnissen zu gewinnen, hat die britische Abteilung für wissenschaftliche und industrielle Forschungen (british department for scientific and industrial research) Versuche in dieser Richtung angestellt. Wie die „Times“ berichten, ist ein Weg gefunden, um das Äthylen, aus dem der Alkohol gewonnen wird, aus den in Gasretorten und Gasöfen erzeugten Gas zu ziehen. Aus den Gasfabriken und Koksofen Englands glaubt man eine genügende Menge Äthylen ziehen zu können, um jährlich 150 Mill. Gallonen (1 Gallone = 4,54361 l) 90%iger Alkohol zu gewinnen, der zu 1 sh. 3 pence für die Gallone verkäuflich sein würde. Selbst wenn sich die Unmöglichkeit ergeben sollte, das Äthylen aller Gasanstalten zu sammeln (einige von diesen sind nur klein und liegen in entlegenen Teilen des Landes), so ist doch mit der Hälfte, das heißt mit 60—70 Mill. Gallonen zu rechnen. Einige große Bergwerke scheinen diese Gewinnung schon in die Hand genommen zu haben und an den bestehenden Koksofen die nötigen Einrichtungen anzu bringen. Der so gewonnene Alkohol ist für die Schnelläufermotoren, wie sie bei Kraftwagen Verwendung finden, nicht zu gebrauchen; mit 50% Benzol vermischt bildet er aber einen ausgezeichneten Betriebsstoff. Als Nachteil ist zu betrachten, daß der Anlauf des Motors bei kaltem Wetter einige Schwierigkeiten bereitet, anderseits läßt sich aber größere Kraft erzielen als mit der gleichen Menge Benzin. Gegenwärtig werden in England etwa 31 Mill. Gallonen 90%iger Benzin jährlich erzeugt; diese Erzeugung läßt sich aber in Kürze auf 50 Mill. Gallonen und mehr steigern. Falls sich die in die Gewinnung von synthetischem Alkohol gesetzten Hoffnungen erfüllen, kann in England eine Alkohol-Benzol-Mischung erzeugt werden, die ungefähr die Hälfte des gegenwärtigen Bedarfs Englands an Benzin deckt. („Nachrichten“ 35, 1919.) *ll.*

Australien. Ausnutzung des Grasbaumes für Briketterzeugung. Das „Grastree Products Syndicate“ verhandelt mit der westaustralischen Regierung und den Collie-Kohlenbergwerksgesellschaften bezüglich der Abgabe von Grasbäumen (Black boy) aus Kronländerien und der Verwendung von Grasbaumkoks zur Brikettierung von Collie-Kohle. Nach angestellten Versuchen erhielt man bei der trockenen Destillation des äußeren Teiles der Grasbäume einen Koks, der für diesen Zweck sehr geeignet erscheint. Außerdem gewinnt man bei der Verkokung der Grasbäume wertvolle Rohöle, die wegen der ausgezeichneten trocknenden Eigenschaften zur Herstellung von Firnissen tauglich sind. („The British Australasian“ vom 5./6. 1919.) *dn.*

Gewerblicher Rechtsschutz.

Englische Betrachtungen über die Patentfrage. Lord Moulton, der Vorsitzende der neuen British Dyestuffs Corporation, erklärte in einer von der British Science Guild veranstalteten Versammlung: Zehntausende von Patenten werden genommen, aber 50% davon sind wertlos und die meisten übrigen wenig wert. Das Publikum neigt zum Argwohn gegenüber durch Patent geschützten Erfindungen, da es findet, daß so wenige Patente wirklichen Wert haben. Das System der Erneuerungsgebühren für Patente ist mir stets als vorzüglich erschienen. Der Schutz in den ersten Jahren kostet nur eine Kleinigkeit und die Tatsache, daß so viele Patente nicht erneuert werden, zeigt, daß die Erfinder selbst ihnen keinen wesentlichen Wert beimesse, und daß sie im allgemeinen Interesse besser verschwinden. Patente, die nicht wertvoll sind, hemmen die Erfindertätigkeit. Es ist die Grundpflicht des Patentinhabers, dem Lande für das ihm gewährte Monopol sein bestes Wissen zur Verfügung zu stellen. Das Land verfährt nicht krauserig gegenüber Patentinhabern. Das neue Gesetz hat vielfache Erleichterungen gebracht, aber das Land ist unbedingt dafür, daß die Erteilung eines Patentes Handel und Gewerbe des Landes fördern und nicht hemmen soll. („Fin. Times“ vom 1.8. 1919.) *Ec.**

Die Damard Lacquer Co., Ltd., London und Birmingham, hat beim Patent Office Court die Erteilung einer Lizenz zur Benutzung der **Bakeland-Patente für Phenol und Formaldehyd** beantragt. Es handelt sich um die Patente 1921/1908, 1922/1908, 21 566/1908, 26 614/1911, 6293/1912, 1294/1912, 7284/1915. Der Comptroller of Patents erklärte bei der Verhandlung, daß von der British Dyes, Ltd., die gleichfalls Lizzenzen auf die Benutzung von Patenten betr. Formaldehydphenolkondensationsprodukten beantragt hätte, die

Zahlung von Gebühren in Höhe von 3 d für 1 Gall. Phenol angeboten worden sei. Die Lizenzsuchende hat sich mit der Zahlung der gleichen Gebühren einverstanden erklärt; die Gewährung der Lizenz wurde zugesagt. („Chem. & Drugg.“ 1919, Nr. 2045.)

Patenterteilung in den Niederlanden. In holländischen industriellen Kreisen wird sehr darüber geklagt, daß oft zwei oder mehr Jahre nach der Anmeldung verlaufen, ehe ein Patent erteilt wird. Da nun erst innerhalb eines Jahres, dem sog. Termin des Vorrangsrechtes, nach Anmeldung des Patentes in den Niederlanden im Auslande Patente angemeldet werden können, werden die niederländischen Erfinder vielfach schwer geschädigt. Man fordert infolgedessen eine schnelle Behandlung der Patentfragen. Zu diesem Zwecke wurde schon das Personal des „Bureau voor den industrieel eigendom“ vergrößert. (Nach einer Mitteilung des Octroobureau Vriesendorp en Gaade im Haag.)

Reform der Patent-Musterschutz- und Handelsmarkengesetzgebung in England. Im englischen Unterhause wurden die Patents and Designs Bill und die Trade Marks Bill in zweiter Lesung angenommen. Die derzeit geltende Gesetzgebung wird dadurch in wichtigen Punkten ergänzt. So soll durch den Patentgesetzentwurf u. a. die Laufzeit der Patente auf 16 Jahre verlängert, der Erfinderschutz verstärkt und, namentlich durch verschärfte Handhabung des Ausführungszwanges, erhöhte Gewähr gegen den Mißbrauch der Patente geboten werden. Das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel ist im Besitze des vollen Wortlautes der beiden Gesetzentwürfe und ist bereit, Interessenten Abschriften zu übermitteln. Anfragen sind zu richten an die Nachrichtenabteilung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

on.

Tagesrundschau.

Die Eröffnung einer von dem amerikanischen Bureau of Mines mit einem Aufwand von 1 Mill. Doll. in Pittsburgh erbauten **Ver suchsanstalt für Bergwerks sicherheitseinrichtungen und Kohlenforschung** wird Ende September stattfinden. Wettkämpfe zwischen Rettungsmannschaften verschiedener Bergwerke um Preise für die schleunigste Hilfeleistung werden den Auftakt bilden. Den Gästen werden die verschiedenen vollständig eingerichteten Laboratorien und Werkstätten zum Studium nicht nur der Sicherheitseinrichtungen, sondern auch der Methoden zur Erzielung größerer Leistungen in Bergbau und Verhüttung, besonders die Laboratorien für Petroleum-, Gas- und Kohlenforschung, die Versuchsanstalt für industrielle Gasmasken und in der Versuchszsche in Bruceton sogar eine Kohlenstaubexplosion vorgeführt werden. („Fin. Times“ vom 13./8. 1919.)

Ec.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es wurden berufen (ernannt): Frau Curie, die Mitentdeckerin des Radiums, zum o. Professor der Radiologie an der Warschauer Universität; Prof. Dr. Pfeiffer, Rostock, zum Ordinarius und Direktor des chemischen Instituts der Technischen Hochschule in Karlsruhe; Prof. Dr. H. Simonis, Privatdozent für organische Chemie an der Berliner Technischen Hochschule, zum a. o. Honorarprofessor; Dr. S. Smiles, Assistant-Professor für organische Chemie am University-College in London, auf den neuerrichteten Lehrstuhl für organische Chemie am Armstrong-College in Newcastle; Dr. M. Busch, o. Professor der Chemie, Erlangen, ist zum Prorektor für das Studienjahr 1919/1920 wiedergewählt und bestätigt worden.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: W. Gottberg, Cunnersdorf, bei der Fa. „Schlesische Cellulose- und Papierfabriken A.-G.“ in Cunnersdorf; Rechtsanwalt E. Plätzer, Berlin, bei der Fa. „Westpreußische Hefe- und Holzspirituswerke m. b. H.“, Danzig; Fabrikdirektoren E. Purpus und M. Hennecke, Genthin, bei der A.-G. „Zuckerraffinerie Genthin“.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: G. Bloos und P. Vogel, München, bei der Fa. Bloos & Vogel, Gesellschaft für Vertrieb chem.-techn. Erzeugnisse m. b. H., München; Apotheker O. R. G. Braemer und A. Briege, Hamburg, bei der Fa. Chemische Industrie Phoenix G. m. b. H., Hamburg; W. J. Brey, E. P. Dressner und J. H. Grasshoff, Hamburg, bei der Fa. Julius Grossmann G. m. b. H., Cöln a. Rh.; Bergwerksdirektor G. Dietz, Braunschweig, bei der Papierfabrik Königslutter, G. m. b. H., vorm. Gebrüder Hahn, Königslutter; M. Haecke, Brehna, bei der Zuckerfabrik Brehna m. b. H., Bitterfeld; Dr. A. Isaak, Berlin, bei der Fabrik kosmetischer Erzeugnisse G. m. b. H., Berlin; Dr. R. Körbitz, Eisenberg, bei der Porzellanfabrik Kalk G. m. b. H. in Eisenberg S.-A.; Chemiker

Dr. W. Paul, Berlin, bei der Fa. „Gesellschaft für chem. Unternehmungen m. b. H.“, Brandenburg-Havel; F. Schulte-Stemmerk, Hannover und P. Schulte-Stemmerk, Duisburg, bei der Fa. „Oertgen und Schulte G. m. b. H., Fabrik chemisch-technischer Produkte“, Saarbrücken.

Prokura wurde erteilt: E. Herbst, Mainz-Kastel (Amöneburg), H. Reuß und L. Schwebel, Biebrich, bei der A.-G. „Chemische Werke vorm. H. & E. Albert“ in Mainz-Kastel (Amöneburg); C. Rock, G. Klöffler, Höll-Wolfeleg, bei der Fa. Papierfabrik Wolfeleg in Wolfeleg; A. Chr. Sörensen, Hadersleben, bei der Fa. Olie og Farve Kompagniet m. b. H. in Hadersleben; Fr. Schneiderhan, Wiesbaden, bei der Fa. Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. in Winkel; P. Vogel, P. Funk, und A. Volk, Oberlichtenau, bei der Fa. Chem.-Techn. Werke Paul Böhme in Oberlichtenau.

Direktor E. Heyne feierte am 23./8. sein 40 jähriges Jubiläum als Direktor der Portland-Zement-Fabrik vorm. Heyn Gebrüder A.-G., Lüneburg.

Gestorben sind: Kommerzienrat A. Heermann, Heilbronn, Aufsichtsratsvorsitzender der Saline Ludwigshall in Wimpffen, der Württemb. Portland-Zementfabrik in Lauffen, Mitglied des Aufsichtsrats des Vereins chem. Fabriken Mannheim und der Portland-Zement-Fabrik Gebr. Spohn, A.-G., in Blaubeuren. — O. Helmholz, ehemaliger Leiter der Rheinischen Stahlwerke, im Alter von 85 Jahren zu Hagen i. W. am 30./6. — Dr. R. Jaeger, Betriebschemiker der A.-G. G. A. Krause & Co. in München, am 26./8. im 50. Lebensjahr. — Geh. Kommerzienrat J. M. Cz, Aufsichtsratsvorsitzender der Brauerei zur Hölle Radolfzell. — J. Robert, Groß-Selowitz, einer der bedeutendsten Zuckerindustriellen des alten Österreichs, am 5./8. — Th. Sonnen, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Zuckerraffinerien, Berlin, am 26./8. — Apotheker W. Ziegel, Seniorchef der pharmazeutischen Kartonagen-Fabrik Wiese & Co., Stettin, am 6./8. im 68. Lebensjahr.

Bücherbesprechungen.

Volkswirtschaftslehre von Carl Jentsch. 5. verb. u. verm. Auflage. 39.—49. Tausend. Herausgegeben von Dr. A. H. Rose. 416 S. Leipzig 1919. Wilh. Grunow.

Preis geh. M 5,50, geb. M 7,50.

In einer Zeit, in der der Ruf nach volkswirtschaftlicher Durchbildung wie aller Volkskreise so vor allem des Technikers nicht mehr bloßes Schlagwort, sondern bitter empfundene Bedürfnis entsprungen ist, erscheint die Neuauflage des vorliegenden Werkes wie gerufen. Zwar sind mancherlei andere Bücher auf dem Plan erschienen, die den gleichen Zwecken dienen sollen; keines aber wüßten wir zu nennen, das seiner Aufgabe so sehr gerecht würde wie das Buch von Carl Jentsch. Die volkstümliche Darstellung, die das Werk auszeichnet, ermöglicht einem jeden, ohne alle Vorkenntnisse sich eine gründliche Kenntnis aller volkswirtschaftlichen Zusammenhänge anzueignen. Der Stoff ist in so anziehender Weise behandelt und man fühlt sich bei der Lektüre so sehr mitten in das vielgestaltige Leben hineingezogen, daß man von dem Gegenstand gefesselt das Buch nicht eher aus der Hand legen möchte, bevor man es nicht zu Ende gelesen hat. Das trifft zu, auch wenn man nicht in allen Einzelheiten mit dem Verfasser übereinstimmt. Allen unseren Fachgenossen sei das Werk, zumal im Hinblick auf seinen dank der hohen Auflage spottbilligen Preis, zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre empfohlen. Auch demjenigen, der schon mit diesem Gebiete vertraut ist, wird das Buch mit seiner durchaus originellen Behandlung des Stoffes viel Anregung bieten. Dr. Rose, der nach dem im Jahre 1917 erfolgten Tode Jentsch die Bearbeitung der Neuauflage übernommen hat, hat bei aller Wahrung der charakteristischen Eigentümlichkeiten des Werkes oder besser in Fortführung dieser Eigentümlichkeiten alle volkswirtschaftlichen Streitfragen unserer Zeit in den Bereich der Erörterungen gezogen.

Scharf. [BB. 150.]

Die Nahrungsmittel aus Getreide. Bearbeitet von Prof. Dr. A. Maurizio. Zweiter Band: Brot-nahrung. Brotarten, Volks- und Soldatenbrot, Zwieback, Brot-ersatz und Zusätze. Graupen und Grieße. Teigwaren. Breipflanzen, Aufguss und Suppen. Mais und Maiskost, Reis und Reiskost und ihre Gefahren. IX und 213 S. mit 6 Tafelabbildungen und 1 Tafel. Berlin 1919. Verlagsbuchhandlung Paul Parey.

In Leinwand geb. M 15,— und 20% Teuerungszuschlag.

Nachdem mit dem Erscheinen des ersten Bandes im Jahre 1917 (vgl. Angew. Chem. 31, III, 31 [1918]) genügend auf das Erscheinen des vorliegenden Schlusßbandes hingewiesen ist, erübrigt sich eine weitere Kritik des nunmehr abgeschlossenen Werkes. Im Zeichen der schwierigen Kriegsernährungsverhältnisse abgefaßt, wird dieser

Band, soweit man ihn nicht als Ergänzung des ersten betrachtet, sich bei den voraussichtlich noch weit in den Frieden hineinragenden Ernährungsschwierigkeiten besonders für den Getreidenahrung erzeugenden Gewerbestand und den ihn beratenden Physiologen als nützlich und wertvoll erweisen.
M. W. [BB. 44.]

Gesammelte Abhandlungen zur Kenntnis der Kohle. Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Fischer, Geh. Regierungsrat, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Kohlenforschung in Mülheim-Ruhr. Zweiter Band (umfassend das Jahr 1917). Preis geh. M 20.—. Dritter Band (umfassend das Jahr 1918). Preis geh. M 22.— Berlin 1918 und 1919. Gebr. Bornträger.

Haben Franz Fischer und seine Mitarbeiter gleich in den Gründung des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Kohlenforschung folgenden Jahren die Forderung der Stunde erkannt und ihre Forschungstätigkeit überwiegend praktischen Aufgaben zugewendet, so hat die Not des Vaterlandes sie auch in den folgenden Jahren auf der eingeschlagenen Bahn festgehalten. Als Ziel ihrer Arbeit haben sie sich gesteckt: aus dem vornehmsten und in reichster Menge vorhandenen unserer Rohstoffe möglichst viele Erzeugnisse herzustellen, die uns die feindliche Blockade vorenthalten. Es ist nicht die Schuld Fischers und seiner Mitarbeiter, wenn die Industrie den von ihnen gegebenen Anregungen nur zögernd gefolgt ist. Zum großen Teil hat ja die Schwierigkeit, gerade in den Kriegsjahren große Anlagen möglicherweise nur zu Versuchszwecken zu erstellen, die Industrie zurückgehalten, die Forschungsergebnisse des Institutes gleich in größtem Maßstabe in die Praxis umzusetzen. Noch ist aber nichts verloren. Wie unsere wirtschaftliche Lage sich zur Zeit darstellt, besteht die Notwendigkeit, Inlandsbedarf soweit als technisch möglich durch Inlandsrohstoffe zu decken, unvermindert fort. Es ist deshalb anzunehmen, daß die erwähnte Tätigkeit der Umsetzung der Laboratoriumsversuche in die Industrie bereits begonnen hat. Darauf deutet z. B. die Gründung der „Gesellschaft für Kohlentechnik“ in Essen u. a. — Ein großer Teil der Untersuchungen, die im zweiten Bande veröffentlicht sind, hat Braunkohle zum Gegenstande, die im ersten Bande etwas stiefmütterlich behandelt ist. Die Methoden, die zuerst nur auf Steinkohlen angewendet wurden, sind nun auch — und mit großem Erfolg — auf die Braunkohle übertragen. Der dritte Band enthält u. a. die Ergebnisse von Untersuchungen von deutschen Steinkohlen verschiedener Herkunft auf ihr Verhalten bei der Tieftemperaturverkokung, und zwar sind oberschlesische, rheinisch-westfälische und Saarkohlen behandelt. — Der dem Ref. zur Verfügung stehende Raum würde bei weitem nicht genügen, auch nur die Titel der abgedruckten Abhandlungen vollständig zu erwähnen, geschweige denn über ihren Inhalt eingehender zu berichten. Es genügt, Fachkreise darauf aufmerksam zu machen, daß von den gesamten Abhandlungen der beiden Bände nur drei bereits anderweitig veröffentlicht sind. Damit ist die Wichtigkeit der „Gesammelten Abhandlungen zur Kenntnis der Kohle“ am besten bewiesen und die Notwendigkeit ihres Besitzes am klarsten dargetan.

Fürth. [BB. 83 u. 84.]

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Die Vereinigung selbständiger Metallanalytiker Deutschlands zeigt ihre Gründung an. In ihr sind die öffentlichen Chemiker Deutschlands zusammengeschlossen, die sich in ihren Laboratorien mit der Ausführung von Erz- und Metallanalysen befassen. Die Vereinigung bezweckt die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder und die engere Fühlungnahme der selbständigen Metallanalytiker Deutschlands nach wissenschaftlicher Richtung hin. Die Vereinigung hat für ihre Mitglieder bindende Mindestsätze für die Untersuchung von Metall- und Erzanalysen aufgestellt. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 9, Potsdamer Straße 139, Rechtsanwalt Dr. George Happek.

on.

Chemische Gesellschaft zu Frankfurt a. M.

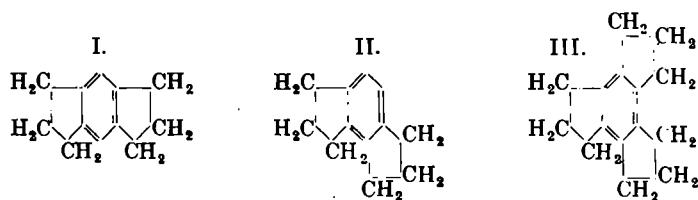
Sitzung vom 24.7. 1919.

Vorsitzender: Professor Dr. Richard Lorenz.

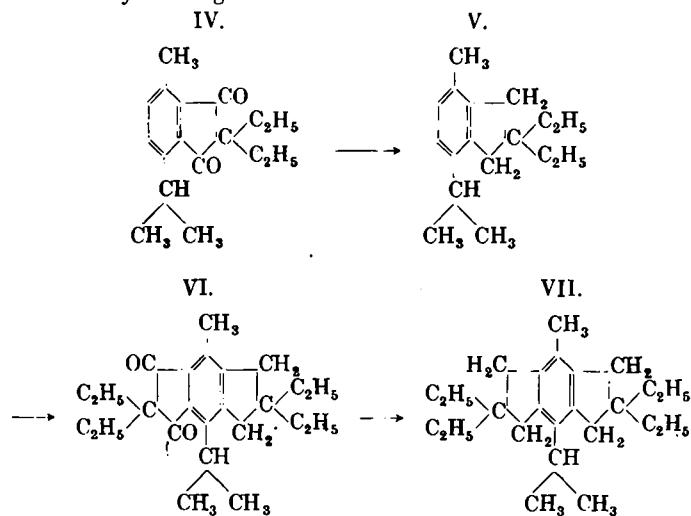
Privatdozent Dr. Karl Fleischer berichtet über seine in Gemeinschaft mit Geheimrat Professor Dr. M. Freund unternommenen, die *Polyhydrinden-Abkömmlinge* betreffenden Untersuchungen, Arbeiten, die unter Mitwirkung der Herren Dr. E. Goffrje, Dr. W. Melber und cand. chem. F. Sieffert ausgeführt worden sind.

Das Hydrinden und seine Derivate bilden eine ausführlich untersuchte Körperklasse. Von letzteren sind in den letzten Jahren namentlich die 1,3-Diketohydrindene (Indandione) von Freund und Fleischer planmäßig studiert worden. Substanzen vom Typus der Dihydrindene¹⁾ (I symmetrisch und II vizinal) und des

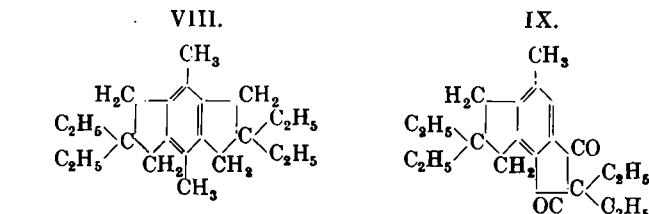
Trihydridens (III) (Wallach, Ber. 30, 1094) sind bisher äußerst spärlich untersucht worden.



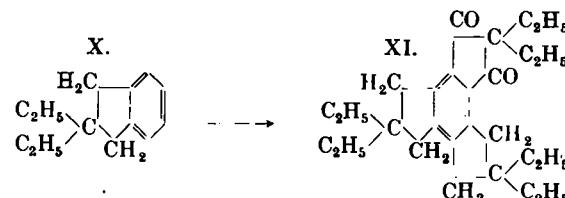
An ausführlichen Formelreihen, die die mannigfachen, eingehend studierten Übergänge erkennen lassen, zeigt der Vortragende wie die Indandionsynthese von Freund und Fleischer einen einfachen Weg bietet, um Derivate der Polyhydrindene zu synthetisieren. Die Indandione lassen sich nach Clemmensen glatt zu den entsprechenden Hydrindenen reduzieren, die mit substituierten Malonsäurechloriden und Aluminiumchlorid Hydrinden-Indandione liefern; diese werden zu Dihydrindenen reduziert. Man erhält z. B. vom Paracymol ausgehend:



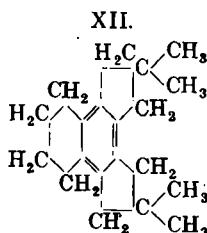
p-Xylool bzw. Toluol lieferten die Substanzen



Das einfachste Diäthylhydrinden X gab bei stufenweiser Wiederholung der oben angeführten Operationen ein Trihydridendicarbat XI.



Vom Tetrahydronaphthalin gelangt man zu einem Kohlenwasserstoff XII, der einen neuen Körpertypus repräsentiert.



Außerdem sprachen Professor Dr. A. Binn über seine mit Dr. H. Bauer und Dr. A. Hallstein ausgeführte Arbeit über die Konstitution von Silversalvarsan-Natrium und Privatdozent Dr. W. Fraenkel über Studien zur Duraluminfrage.

Der Schriftführer

Dr. E. Speyer.

¹⁾ Die beiden Stammsubstanzen I und II sind noch unbekannt.